

Automatenbranche fordert modernes Landesglücksspielgesetz – Spieler- und Jugendschutz stärken, Arbeitsplätze erhalten

Die Automatenbranche blickt mit Sorge in die Zukunft, denn bis zu 80 Prozent der Spielhallen-Konzessionen in Baden-Württemberg droht zum 30. Juni die Schließung. Es sind 8.000 Arbeitsplätze im Land akut gefährdet. Der Grund: ein Luftlinienabstand von 500 m zwischen staatlich konzessionierten Spielhallen untereinander sowie zu Kinder- und Jugendeinrichtungen. Während in der Baden-Württembergischen Automatenwirtschaft ein Kahlschlag droht, will der Landtag in seiner heutigen Plenarsitzung den Glücksspielstaatsvertrag 2021 ratifizieren und damit die Grundlage für die Legalisierung bisher illegaler Online-Glücksspiele zum 1. Juli schaffen. Der Dachverband Die Deutsche Automatenwirtschaft e.V. (DAW) und der Automaten-Verband Baden-Württemberg e.V. (AVBW) kritisieren die inkonsistente Regulierung des Glücksspielmarktes und fordern ein modernes Landesglücksspielgesetz, das staatlich konzessionierte Spielhallen nach qualitativen statt quantitativen Kriterien reguliert.

„Das legale Spielangebot in Baden-Württemberg droht schweren Schaden zunehmen. Damit ist der wichtige Kanalisierungsauftrag – der Auftrag, das Spielbedürfnis der Menschen in geordnete und legale Bahnen zu lenken – in höchster Gefahr“, warnt DAW-Vorstandssprecher Georg Stecker. „Denn ohne ein ausreichendes attraktives legales Angebot hat der Schwarzmarkt freie Bahn.“

Stecker weiter: „Das digitale Zeitalter erfordert eine zeitgemäße Regulierung, die den Jugend- und Spielerschutz tatsächlich ernstnimmt. Die Idee von Mindestabständen offenbart eine Regulierungslogik, die aus einer vordigitalen Zeit stammt. Das Spiel im Internet hat den Glücksspielmarkt längst grundlegend verändert und Mindestabstände für Spielhallen endgültig ad absurdum geführt.“ Statt mit dem Zollstock müsse das gewerbliche Automatenspiel in Baden-Württemberg nach qualitativen Kriterien reguliert werden, fordert der DAW-Vorstandssprecher. Nur eine qualitative Regulierung stärke den Jugend- und Spielerschutz und erhalte die ordentlichen Betriebe und tausende Arbeitsplätze.

AVBW-Vorstand Dirk Fischer ist alarmiert: „Die unternehmerische Existenz von hunderten Unternehmen im ganzen Land ist akut bedroht. Familienunternehmen, die oft in der 2. oder 3. Generation geführt werden, droht inmitten einer der schwersten Wirtschaftskrisen der Nachkriegsgeschichte das Aus.“ Er fordert: „Der 30. Juni darf nicht zur Guillotine des legalen Spielangebots werden. Unsere Betriebe und unsere Mitarbeiter brauchen eine sichere Zukunft!“ Dass staatlich konzessionierten Spielhallen wegen einzuhaltenden Mindestabständen die massenhafte Schließung droht, bisher illegale Online-Glücksspiel jedoch deutschlandweit legalisiert werden, hält Fischer für absurd. „Der Sinn von Mindestabständen bei Spielhallen erschließt sich mir nicht, schließlich kann demnächst jeder ganz legal über das Smartphone praktisch die gleichen Spiele spielen. Im Bus, in der Schule, zu Hause auf dem Sofa oder in der Schlange im Supermarkt.“